

**Kai Gehring**

- (A) Der Bildungsgipfel bot dazu sicherlich eine Gelegenheit. Da muss man schon sagen: Nachdem milliarden-schwere Rettungspakete für die Banken und für die Automobilindustrie geschnürt worden waren,

(Jörg Tauss [SPD]: Für die Automobilindustrie nicht!)

fielen in Dresden für Kitas, Schulen und Hochschulen offensichtlich nur Notgroschen ab. Dieser Bildungsgipfel war insgesamt ein Jammertal. Die Chance für einen neuen Aufbruch bei der Bildung, gerade auch im Hochschulbereich, ist dort leider vertan worden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun hat die Große Koalition mit einem blinden und ziellosen Konjunkturprogramm binnen kürzester Zeit auch noch die zweite Gelegenheit verpasst, die Unterfinanzierung in unserem Hochschulsystem zu überwinden. Anstatt wie die Große Koalition auch die Spritschlucker unter den Autos zu subventionieren oder über nutzlose Konsumgutscheine zu diskutieren, schlagen wir mit unserem grünen New Deal ein nachhaltig wirkendes Investitionsprogramm vor, das gegen drängende Probleme wie die Klimakatastrophe, die Bildungsmisere und die soziale Ungerechtigkeit ankämpft. Wir sind davon überzeugt: Eine Wirtschaftskrise ist nur mit mehr Investitionen in Bildung und Hochschulen zu meistern bzw. zu bekämpfen. Das fehlt jedoch bei Ihnen völlig.

(Beifall der Abg. Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- (B) Sie haben es versäumt, den qualitativen Ausbau in Ihr Konjunkturprogramm aufzunehmen. Offensichtlich hat Ministerin Schavan das Ganze am Kabinetttisch verschlafen. Schnarchend kommen wir allerdings sicherlich nicht im Zeitalter der Wissensgesellschaft an.

(Jörg Tauss [SPD]: Frau Schavan schnarcht nicht! – Gegenruf der Abg. Priska Hinz [Herborn] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Tauss, woher wissen Sie das denn? Das interessiert uns aber!)

Ich kann ein weiteres Beispiel nennen – darüber ist Herr Tauss bestimmt froh und glücklich –: Das 40-Prozent-Ziel, das Sie sich auf dem Bildungsgipfel gesetzt haben, hatten wir unter Rot-Grün eigentlich längst erreicht. In den letzten Jahren gab es dagegen Rückgang bzw. Stagnation. Im OECD-Durchschnitt nehmen schon längst 56 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium auf. Das wäre doch einmal – neben einem Pakt für die Studierenden – ein ambitioniertes Ziel für die bundesweite Hochschulpolitik. Das wäre ein ambitioniertes Zukunftsprojekt. Darum sollte man sich auch mit dem Hochschulpakt II dringend kümmern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**

Die Kollegin Professor Monika Grütters hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Jörg Tauss [SPD])

**Monika Grütters** (CDU/CSU):

(C) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Gehring, Sie haben Ihren Antrag verlesen und dabei unterschlagen, dass in dieser Woche das Statistische Bundesamt seine neuesten Zahlen mitgeteilt hat.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich doch am Anfang gesagt!)

– Das haben Sie nicht gesagt. – Danach sind zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder mehr als 2 Millionen Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Das ist ein klarer Erfolg der Hochschulpolitik von Bund und Ländern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Lachen bei der LINKEN – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotz Ihrer Hochschulpolitik! – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Das ist mehr als lächerlich! – Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Sie haben wichtige Details unterschlagen, Herr Gehring!)

Von allein, meine Herrschaften von den Linken, passiert das nicht. Auch in den Bundesländern, in denen Sie vertreten sind, ist das nicht der Fall.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Wenn draußen die Sonne scheint, ist das mit Sicherheit auch ein Erfolg Ihrer Politik!)

– Es ist schön, dass Sie dabei wenigstens wach werden.

(Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Lassen Sie die weiterschlafen!)

(D) Einen Grund zum Nörgeln jedenfalls haben weder Sie von den Linken noch Sie, Herr Gehring. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts haben im Studienjahr 2008 immerhin 30 000 Studenten mehr als 2005 ein Studium aufgenommen. Mit 39,3 Prozent eines Jahrgangs sind wir fast am Ziel, nämlich 40 Prozent eines Jahrgangs studieren zu lassen.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Weit darunter!)

Damit liegt der Hochschulpakt genau im Plan – und das schon 18 Monate, nachdem er beschlossen wurde.

Völlig unabhängig davon, Herr Gehring und meine Damen und Herren von den Linken, haben wir einen Zuwachs in allen Bundesländern, auch in solchen, in denen Studiengebühren erhoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Besonders stark in Hessen, wo sie abgeschafft worden sind! – Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Ganz besonders in Hessen!)

Wir haben mit dem Hochschulpakt einerseits die Studienanfängerquote und andererseits mit der Overhead-Finanzierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Forschung im Blick. Auch das haben Sie bei Ihrer Kritik am Hochschulpakt unterschlagen. Dabei

**Monika Grütters**

- (A) ist das ganz wesentlich für die Zukunftssicherung in Deutschland.

Die jüngsten Zahlen für das Studienjahr 2008 machen deutlich, liebe Oppositionelle: Allen Unkenrufen derjenigen zum Trotz, die gar nicht abwarten konnten und lieber das Scheitern des Hochschulpakts herbeireden, ehe überhaupt die ersten Zahlen vorliegen – wir müssen Sie enttäuschen –: Der Hochschulpakt wirkt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg.  
Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Lassen Sie mich an dieser Stelle mit einem zweiten von Ihnen gern verbreiteten Missverständnis aufräumen. Auch wenn die Länder vom Bund eine Vorauszahlung erhalten, so wird am Ende doch spitz abgerechnet. Das Land unter den Ausbauländern, das mehr Studienanfänger aufnimmt, wird dafür belohnt.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD] –  
Alexander Dobrindt [CDU/CSU]: Das ist auch  
richtig so!)

Noch eines: Die Zugewinne gerade in den Fächern Maschinenbau, Informatik und Elektrotechnik, die das Statistische Bundesamt vermeldet hat, sind toll.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Schließlich sind das die Bereiche, in denen es um die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geht und in denen der Fachkräftemangel besonders groß ist.

- (B) Herr Kollege Gehring, Sie haben es verdient, dass ich auf einige Ihrer Kritikpunkte am Hochschulpakt in Ihrem Antrag konkret eingehe.

Sie behaupten, dass die Studierquote zurückgeht. Eine Veränderung in dieser Form lässt sich für 2008 noch gar nicht belegen. Dass es bei wachsender Zahl von Studienberechtigten hier einen gewissen Rückgang gibt, ist unvermeidlich. Dass die Studienanfängerquote steigt, ist jedenfalls erfreulich.

Sie behaupten dann, die Studiengebühren seien ein Grund für Studienverzicht. Vorsicht mit derartigen Behauptungen, kann ich nur sagen. Gerade vorgestern hat das Statistische Bundesamt die Zahlen vorgelegt. Danach gibt es im Saarland, also einem Land mit Studiengebühren – das sage ich auch nach links gerichtet –, 15 Prozent mehr Studierende,

(Zurufe von der CDU/CSU: Hört! Hört!)

während in einem Bundesland ohne Studiengebühren wie Sachsen die Anfängerzahl um 2 Prozent gesunken ist.

(Cornelia Hirsch [DIE LINKE]: Da kennen wir aber andere Zahlen!)

Noch eines: Es gibt keine nennenswerten Wanderungsbewegungen zwischen Bundesländern mit und solchen ohne Studiengebühren. Wäre dieser Punkt relevant, müssten gerade in den östlichen Bundesländern die Studienanfängerquoten erheblich steigen.

- Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:** (C)  
Frau Kollegin Grütters, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gehring zulassen?

**Monika Grütters (CDU/CSU):**  
Gerne. Bitte.

**Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:**  
Bitte schön.

**Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Frau Kollegin, stimmen Sie mir darin zu, dass nach der von der Regierung in Auftrag gegebenen Studie von HIS im Jahr 2006 bis zu 18 000 junge Menschen allein aufgrund der Studiengebühren von einem Studium abgeschreckt worden sind, und stimmen Sie mir auch darin zu, dass insbesondere in Hessen, wo Studiengebühren abgeschafft worden sind, nun besonders viele Studienanfänger zu verzeichnen sind? Stimmen Sie mir des Weiteren zu, dass Ihr Parteikollege Roland Koch jetzt wohl offensichtlich nicht noch einmal den gleichen Fehler machen will – zu dem Ergebnis kommt man, wenn man ins Wahlprogramm schaut –, nämlich in Hessen Studiengebühren einzuführen?

**Monika Grütters (CDU/CSU):**  
Herr Kollege, ich kann die Zahlen nicht anders darstellen, als sie sind. Das kann ich genauso wenig, wie Sie es können. Die Studienanfängerzahlen sind so, wie sie sind. Ob sie wegen der Studiengebühren so sind oder nicht, können wir noch gar nicht berechnen.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]:  
Aber Sie wissen, dass es Ihr Erfolg ist!)

Außerdem frage ich Sie zurück: Warum gehen die Studierenden nicht in die Bundesländer, in denen es keine Studiengebühren gibt und die freie Studienkapazitäten haben, zumal ein Bundesland vom Hochschulpakt sogar Geld bekäme, wenn die Studierenden genau dort studieren würden? Es gibt aber keine nennenswerten Wanderungsbewegungen. Im Übrigen bin ich deshalb dafür, dass wir nachlaufende Studiengebühren wie im schwarz-grün regierten Bundesland Hamburg einführen, wo nachweislich keine negativen Auswirkungen dadurch zu verzeichnen sind. Auch im Saarland ist das nach wie vor nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Aber ich möchte jetzt fortfahren. Sie behaupten auch, der Hochschulpakt I habe Konstruktionsfehler. Diese Behauptung hat sich jetzt, 18 Monate nachdem er aufgelegt worden ist, erledigt. Denn wie wir schon nach 18 Monaten sehen: Er wirkt.

Die nächste Behauptung, der Hochschulpakt sei unterfinanziert, wurde schon im zweiten Jahr der Laufzeit widerlegt. Der Hochschulpakt wirkt. Die Entwicklung liegt innerhalb der Prognose, und die Mittel pro Kopf entsprechen dem Durchschnitt der Hochschulfinanzierung. Es ist auch, wie ich finde, unsinnig, teure Studienplätze zum Maßstab zu machen, statt von den etwas billigeren auszugehen. Die Länder haben im Übrigen sehr

(D)

Monika Grütters

- (A) wohl einen Spielraum – das wissen Sie auch –, die Studienfächer adäquat unterschiedlich zu bedienen.

Sie haben weiter behauptet, der Hochschulpakt sei kurzfristig angelegt. Der Hochschulpakt ist auf die Abarbeitung des Studentenberges bis 2020 angelegt. Die Vereinbarung, die die erste Phase im Detail regelt, sieht eine rechtzeitige Fortschreibung vor. Ich bin froh, wenn sich das Parlament mit allen Fraktionen einer solchen Fortschreibung nicht verschließt.

Die Behauptung, es würden starre Ausbauziele für die einzelnen Länder vorgegeben, ist völlig falsch. Die Vorauszahlungen richten sich zwar nach der Annahme über die Verteilung des Aufwuchses; die endgültige Mitfinanzierung erfolgt aber auf der Grundlage der tatsächlichen Zahl der Studienanfänger. Das heißt, Herr Gehring: Geld folgt Studierenden. Das gilt zumindest für das Bundesgeld.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Cornelia Pieper [FDP])

Davon, dass der Hochschulpakt gescheitert sei, kann meines Erachtens keine Rede sein. Wir sind im Plan.

Dann wollen Sie einen Fonds zum Finanzausgleich der Ist-Entwicklung gegenüber dem Soll. Wir bleiben bundesseitig bei dem Prinzip, dass das Bundesgeld den tatsächlichen Studierendenzahlen folgt. Von unserer Seite fordern wir auch keinen zusätzlichen horizontalen Länderfinanzausgleich. Im Übrigen haben Sie schon selber auf die hier bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken hingewiesen.

(B)

Eine weitere Forderung ist die bessere Finanzierung pro Kopf Studierender. Wir sind sehr wohl bereit, noch einmal über die Anpassung dieser Pro-Kopf-Zahlen nachzudenken. Der Bund ist aber unseres Erachtens keineswegs berufen, gleichsam die Grundfinanzierung, die ja bei den Ländern liegt, über eine Bundesmitfinanzierung des Studentenwerkes auf den Kopf zu stellen. Außerdem wird beim OECD-Durchschnitt sicherlich nicht berücksichtigt, dass in Deutschland überdurchschnittlich lange studiert wird. Das heißt, dass pro Kopf der Studierenden zwar geringere Jahresausgaben anfallen, die deutschen Studenten aber in der Gesamtsumme teurer sind.

Sie fordern weiterhin, die Studienanfängerprognose jeweils zu aktualisieren. Wir folgen selbstverständlich, ebenso wie die Bundesregierung, den jeweils jüngsten und aktuellen KMK-Zahlen.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Das ist auch richtig so!)

Die Forderung nach zusätzlichen Lehrkapazitäten durch Frauen- und Nachwuchsförderung ist zwar eine wunderbare Idee, aber ich weiß nicht, was Sie für ein Verständnis von Föderalismus haben. Die Frauenförderung ist als Selbstverpflichtung der Länder in den Pakt aufgenommen worden. Das kann der Bund schlechterdings nicht verordnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie wollen ein zentrales Zulassungsverfahren. Über eine neue ZVS und die entsprechende Stiftung reden wir schon lange. Ich würde aber gerne mit Ihnen über Ihr Verständnis von der Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen diskutieren. Ich gebe zu bedenken: Wenn wir jetzt alle zwingen, daran teilzunehmen, dann bedeutet das, dass wir ihnen Möglichkeiten, Eigenverantwortung wahrzunehmen, zum Beispiel, indem mündliche Auswahlverfahren durchgeführt werden, wegnehmen.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]:  
Sehr richtig!)

Die gesamtstaatlichen Anstrengungen von Bund und Ländern sollen belastbar und ausfinanziert sein, fordern Sie im letzten Punkt Ihres Antrags. Dazu kann ich nur feststellen: Das ist eine gute Idee.

Die Erfolge von heute sollten aber, finde ich, nicht den Blick auf die Herausforderungen von morgen verstellen. Auch damit haben Sie recht. Da die Zahl der Studieninteressierten voraussichtlich noch wesentlich stärker ansteigt, haben wir auf dem Bildungsgipfel die richtige Antwort gegeben. Dazu haben Sie eine kleine, höhnische Bemerkung gemacht. Wir denken allerdings, dass es sehr gut war, den Hochschulpakt bedarfsgerecht fortzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Außerdem haben wir beschlossen, das Potenzial an zusätzlichen Studienanfängern und -anfängerinnen auszuschöpfen. Immerhin geht es um 275 000 zusätzliche Studierende bis 2015.

(D)

Neben der Zusage, den Pakt bis 2020 fortzuführen, haben wir uns vorgenommen, das Qualitätsargument bei der weiteren Ausgestaltung des Paktes angemessen zu berücksichtigen. Wir wollen über die durchschnittlichen Beträge pro zusätzlichem Studienanfänger gerne noch einmal diskutieren und die Kostenentwicklung anpassen. Die Vorauszahlung mit danach erfolgter spitzer Abrechnung nach tatsächlicher Studienanfängerzahl und die Fortsetzung der Overhead-Finanzierung werden beibehalten.

Über die Mechanik können wir gerne noch einmal reden; das ist richtig. Die Ausgestaltung der Pauschalen für die neuen Bundesländer und Stadtstaaten ist zum Beispiel einer der Punkte, die im Zusammenhang mit der Fortführung diskutiert werden. Das Qualitätsargument schenken wir Ihnen nicht, sondern es ist uns allen zu eigen.

Herr Gehring, in meiner Heimatstadt Münster gibt es einen Spruch, der da lautet: Der Mensch muss auch jönnen könne.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist doch Kölsch!)

Gönnen Sie uns, den Regierungsfractionen, aber vor allen Dingen den Hochschulen doch auch einmal einen Erfolg, nämlich den ersten Erfolg des Hochschulpaktes.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)